

Zeit für ein Bürgerpaket

In der Debatte zur Landesrechnung wurde die Notwendigkeit und die Machbarkeit des Bürgerpakets deutlich sichtbar. In Sachen Finanzkompetenz lohnt sich auch ein Blick in die Geschichte.

«Vor einem Jahr wurde ich noch gerne zu meinen Ansichten zu den Finanzen zitiert, da sie der Meinung des Regierungschefs entsprachen», so Wenaweser. Heute ist es so, dass Regierungschef Adrian Hasler der VU nach der Ankündigung des Bürgerpakets pauschal die Finanzkompetenz absprach. Die Absicht, mit ihrem Bürgerpaket die Bevölkerung am Erfolg der Staatskasse zu beteiligen, sorgte beim schwarzen Regierungschef für einen roten Kopf. Die implizite Behauptung, dass die Bürgerpartei die Finanzkompetenz für sich alleine gepachtet hat, wusste Rainer Beck eindrücklich zu entzaubern.

Sanierung unter VU-Führung

Der gelernte Buchhalter, ehemalige Gemeindegeldkassier, ehemalige Leiter der Landeskasse und aktuelle Vorsteher von Planken rechnete vor, dass in den Jahren 2001 bis 2009 unter der Führung der FBP die Staatsausgaben in der Laufenden Rechnung von 732 Millionen Franken auf 1,061 Milliarden (!) Franken gestiegen sind. Das ist eine Zunahme um 329 Millionen Franken oder 45 Prozent. Daraufhin wurde die Sanierung unter der Ägide der VU notwendig.

«Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass unter der Führung der VU die Massnahmenpakete eins und zwei zur Sanierung des Staatshaushaltes aufgegleist und umgesetzt wurden. Da stellt sich dann wohl die berechnete Frage, wer denn nun über die notwendige Finanzkompetenz bezüglich des Staatshaushalts verfügt», fragte der Plankner rhetorisch. Er verwies auf die grosse Differenz zwischen Budgetierung und effektiver Rechnung. Die Differenz 2017 beträgt rund 180 Millionen. Und auch im Vorjahr lag die positive Differenz bei 106 Millionen. «Das heisst, dass allein in den letzten beiden Jahren die Erfolgsrechnungen um annähernd 300 Millionen Franken besser abgeschnitten haben, als geplant. Diese Feststellung, dass die effektiven Zahlen gegenüber den Planzahlen wesentlich besser sind, gilt auch für die weiteren Vorjahre. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit der Budgetierung», so Beck, der in seinem Schlusswort



Christoph Wenaweser und Rainer Beck zeigten auf, dass bei der VU viel Finanzkompetenz liegt.

Foto: Daniel Schwendener

das Bürgerpaket verteidigte. «Wir sollten uns über die guten Ergebnisse der Landesrechnung der letzten Jahre freuen und auch die Bevölkerung mit Mass und Ziel daran teilhaben lassen. Mit dem Bürgerpaket könnten die ersten Schritte dazu gemacht werden.» Ins gleiche Horn stiess Christoph Wenaweser. Er betonte in seinem Votum, dass sich die VU weiterhin einem gesunden Staatshaushalt verpflichtete. Für Wenaweser ist es aber klar, dass man nach den Sparpaketen auch dem Bürger etwas zurückgeben darf. «Der Staat sollte nicht mehr einnehmen, als er für die Erfüllung seiner Aufgaben benötigt.» ■ Michael Winkler

Das Bürgerpaket in Kürze
Den Bürgerinnen und Bürgern etwas zurückgeben
Nach der Sanierung des Staatshaushalts steht die Vaterländische Union klar für den Bürger ein:

- für mehr staatliches Engagement bei der AHV
- für ein gutes Leben im Alter
- für bezahlbare Krankenkassenprämien
- für Stärkung der Familien
- für ein Demografie-Prozent

Entlastung ist notwendig

Nachdem eine Mehrheit der Volksvertreter die Prämienbremse der VU, die dem Volk zugute gekommen wäre, abgelehnt hat, sind nun andere Institutionen gefordert, um das zu tun.

«Die Frage, wieviel Geld der Staat ansparen muss, muss ebenso erlaubt sein, wie die Frage, wieviel Reserven die Krankenkassen noch horten wollen. Die Zeit wäre reif gewesen, den vom neuen KVG gebeutelten Patienten endlich eine Entlastung zukommen zu lassen», schreibt der Vorstand der Ärztekammer am Donnerstag zum Landtagsentscheid des OKP-Staatsbeitrags. Ein Block aus FBP und Unabhängigen hatte den Antrag der VU auf eine moderate Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags zum Wohle aller Prämienzahler abgelehnt.

Ärzttekammer besorgt

Genau dieselben Fragen hatte sich die VU im Vorfeld auch gestellt, zumal der Staatsbeitrag jährlich angepasst wird und daher eine Reaktion auf «schlechtere Jahre»

einfach gewesen wäre. Nun trennt sich die Spreu vom Weizen: Während die VU die Sparmassnahmen im Sinne der Koalition mitgetragen hat, ist sie jetzt der Meinung, dass mit Abschluss der Sparpakete die Bürger wieder an der Reihe sind. Beim Koalitionspartner und dessen unabhängigen Sekundanten stiess man damit nicht auf offene Ohren.

«Durch das neue KVG muss ein Versicherter mittlerweile bis zu 1400 Franken (früher: 800 Franken) aus der eigenen Tasche bezahlen, wenn er medizinische Leistungen in Anspruch nimmt», rechnet die Ärztekammer vor. Hinzu kommen bis zu 4000 Franken Grundprämien pro Jahr. Dass sozial schwächere Bürger an ihre Belastungsgrenzen kommen, zeige sich tagtäglich: «In den Praxen stapeln sich Rechnungen, die

nicht von der Krankenkasse bezahlt werden, weil über den Patienten ein Leistungsaufschub verhängt wurde und bei den karitativen Stiftungen gehen laufend Anträge auf finanzielle Unterstützung für anfallende Gesundheitskosten ein, die die Patienten nicht mehr selber bezahlen können», schreibt die Ärztekammer.

Reserven stets gestiegen

Zwischen 2011 und 2016 sind die OKP-Reserven der Krankenkassen von 35,8 auf 66,2 Mio. Franken gestiegen. Das sind durchschnittlich 13 Prozent pro Jahr. Genauso wie beim Staat stellt sich hier die Frage, wie viel Reserven man gebunkert haben muss. Einer Kampagne zum systematischen Reservenabbau erteilt der Gesundheitsminister eine Absage. Das ist logisch. Dafür stellt er eine

nicht nachhaltige Einmalzahlung an Versicherte aus den Reserven in Aussicht. Ein wahres Wort kam aus den Reihen der FBP in der Debatte von Wendelin Lampert: «Es kann nicht sein, dass die Kosten nicht steigen und die Prämien schon.» Und es kann natürlich nicht sein, was nicht sein darf. Taktisch gesehen müsste jetzt also Mauro Pedrazzini versuchen, die Krankenkassen dazu anzuhalten, auf Prämienerrhöhungen zu verzichten. Dafür müssten sie auf ihre teils prallen Reserven zurückgreifen. Die Hauptsache muss es – angesichts der guten Wirtschaftslage und der guten Reserven – sein, dass die Prämienzahler entlastet werden. Selbst wenn es ihm nur darum geht, die VU Lügen zu strafen: Der Zweck heiligt in diesem Zusammenhang die Mittel. ■

Michael Winkler



Michael Winkler
Parteisekretär

Kommentar

Reserven bunkern: Prämienbremse gebodigt

Man hat bei der KVG-Revision die Franchisen und den Selbstbehalt erhöht – und den Druck von der Staatskasse hin zur Geldbörse des Bürgers verschoben – im Wissen, dass die Staatskasse entlastet werden muss. Das Kostenwachstum konnte zwar gebremst werden, die Ersparnis kommt aber nicht bei den Prämienzahlern an. Deshalb setzte sich die VU-Fraktion für eine Prämienbremse ein. So wären die Prämien stabilisiert worden, damit die minimalen Lohn erhöhungen, die es vielleicht im neuen Jahr gibt, nicht gleich von den höheren Kosten für die Krankenkasse aufgeessen werden. Um 4 Mio. Franken – KVG-Experte Wendelin Lampert von der FBP sprach von Peanuts – wäre der Staatsbeitrag an die OKP erhöht worden. Der Antrag scheiterte am geschlossenen Widerstand der FBP und der Unabhängigen. Die Freie Liste und Johannes Kaiser stimmten für den VU-Antrag. Ihnen gebührt Dank im Namen der Prämienzahler. Die selbsternannte Bürgerpartei (Ja, das B in FBP soll ernsthaft für «Bürger» stehen), brachte es nicht über's Herz, von 170 Mio. Franken ein paar Krümel für die Bevölkerung zu erübrigen. Im guten Wissen, dass man den Staatsbeitrag, wenn es wieder schlechter läuft, ohnehin wieder kürzt. Nein, der Finanzminister und seine Leute sitzen auf den Geldbergen und warten auf schlechtere Zeiten. Auch dann wird den Bürgern das Geld weiter aus der Tasche gezogen, um auf hohem Niveau Staat spielen zu können. Als Blendgranate wurde von Gesundheitsminister Pedrazzini und seinen Parteigenossen noch eine Rauchpetarde namens Advanced Practice Nurse (APN) gezündet, was vielleicht in vielen Jahren aktuell wird. Mit den vier Millionen könne man diese «Gemeindekrankenschwestern» bezahlen. Statt dem vorzeitigen Nutzen, den die Prämienbremse gebracht hätte, wird man nun mit leeren Versprechen auf einen künftigen Nutzen vertröstet, der vielleicht einmal kommen könnte.

Und genau die Unabhängigen kreiden der Politik an, dass sie zu weit weg vom Volk sei. Gleichzeitig helfen sie dem Staat dabei, das Geld in Form von Reserven zu bunkern und vor dem Zugriff der Berechtigten – den Steuerzahlern – zu schützen. Diese Legislatur dauert nun noch knapp drei Jahre. Mit der kleinen Koalition aus FBP und deren neuen Blockpartei müssen wir davon ausgehen, dass wir auch weiterhin die zusätzlichen Belastungen ertragen müssen – trotz guter Zeiten, um bei einer Baisse wieder die Geldbörsen für den Regierungschef öffnen zu müssen. Besten Dank! ■